



PAKISTAN

INTERVIEW:

„Tochter der Macht“

Am 1. August 1988 kam Pakistans Präsident Zia-ul-Haq bei einem Flugzeugabsturz ums Leben. Dieses Ereignis löste den Aufstieg von Benazir Bhutto aus, die drei Monate später die ersten freien Wahlen nach über 12-jähriger Diktatur gewann und als Premierministerin der Islamischen Republik Pakistan vom Interimspräsidenten Ishaq Khan vereidigt wurde. Mittlerweile ist es wieder ruhiger geworden um Benazir Bhutto, prominenteste südasiatische Regierungschefin in einem islamischen Land.

In einem Interview, das Razia Bhatti und Zahid Hussain in Islamabad mit Benazir Bhutto führten, zog die pakistanische Regierungschefin eine Zwischenbilanz ihrer bisherigen Amtszeit. Sie äußerte sich unter anderem auch zu den Themen Afghanistan, der Lage in der pakistanischen Provinz Sindh und den Korruptionsvorwürfen seitens der Opposition. Nachfolgend veröffentlichen wir Auszüge des im Juli in der pakistanischen Zeitschrift 'Newline' erschienenen Interviews.

Vor sechs Monaten kam Ihre Regierung an die Macht. Wie beurteilen Sie die bisherige Arbeit Ihrer Regierung?

Es waren sechs schwere Monate. Schwierig war vor allen Dingen der Übergang von einer verdeckten Diktatur hin zu einer demokratischen Ordnung. Dieser Übergang wurde von vielen einflußreichen Interessengruppen, denen nicht an einer demokratischen Orientierung der Gesellschaft gelegen war, erschwert. Letztendlich waren deren Versuche, diesen Prozess durch den Sturz demokratisch gewählter Regierungen in den einzelnen Provinzen zu verhindern, erfolglos. Trotz der Tatsache, daß wir uns dadurch in erster Linie um innenpolitische Probleme kümmern mußten, haben wir auch auf anderen Gebieten innerhalb kürzester Zeit viel erreicht.

Zu allererst haben wir die politische Stabilität in der gesamten Region gefestigt. Daneben haben wir innerhalb unseres Landes versucht, die Inflation und die Geldmenge zu verringern. Drittens haben wir unserem Volk das Vertrauen in die Staatsmacht wiedergegeben, indem wir den Leuten wieder ihre grundlegenden demokratischen Freiheiten zugestanden. Zukünftig wollen wir den Entwicklungsprozess des Landes beschleunigen.

Aber Ihre Kritiker behaupten, Ihr Regime würde sich nicht sehr grundsätzlich von dem vorherigen unterscheiden. Sie sagen zum Beispiel, Ihr Staatshaushalt unterscheidet sich in keinem Punkt von dem Ihrer Vorgänger.

Diese Leute lügen, denn es bestehen sehr wohl gravierende Unterschiede. Unsere Vorgänger hatten Haushaltsdefizite, wir dagegen haben das Defizit reduziert. Sie verließen sich darauf, Geld zu drucken, wir vermeiden es, die Geldmenge zu steigern. Sie hatten inflationäre Etats, wir haben die Geldentwertung verringert. Sie haben Druck auf die Kleinbauern ausgeübt, wir haben diesen Druck gemindert ... Wir haben die Ausgaben für Bildung um 68 % erhöht, da die Analphabetenrate vor Beginn meiner Amtszeit angestiegen war. Desweiteren wurde von uns ein Plan ausgearbeitet, mit Hilfe dessen wir die kurzfristigen Staatsanleihen reduzieren wol-

len. Auch das Steuernetz wurde erweitert. Nach Jahren der Mißwirtschaft und kurzfristiger Zukunftsplanungen versuchen wir, die Zukunft unseres Volkes langfristig zu sichern.

Es scheint eine Änderung der Einstellung ihrer Regierung gegenüber dem Afghanistan-Problem zu geben. Betont wird jetzt eine politische Lösung und keine militärische. Najibullah weigert sich jedoch abzudanken, sein Rücktritt ist auf der anderen Seite aber für die Mujahedin die Voraussetzung für eine Einigung. Sehen Sie einen Weg aus dieser Sackgasse?

Um eine politische Lösung zu erzielen, muß Najibullah zurücktreten. Ich glaube nicht, daß wir in einer Sackgasse stecken. Es gab in der Vergangenheit einige verrückte Pläne. Diese trachteten danach, nunmehr Kabul zu übernehmen und dort eine uns hörige Regierung einzusetzen, nachdem wir Dhaka verloren hatten. Die Erfahrungen der Briten und in jüngster Vergangenheit die der Sowjetunion haben jedoch gezeigt, daß sich das Volk Afghanistans nicht mit Kolonialismus und Fremdherrschaft abfindet. Afghanistan ist unser Nachbar und wir haben 3 Millionen afghanische Flüchtlinge in unserem Land. Vor diesem Hintergrund stellen sich natürlich verschiedene Fragen und Forderungen.

Erstens ist es wichtig, daß es dort wieder stabile Verhältnisse gibt, unter denen die Flüchtlinge würdig zurückkehren können. Eine Rückkehr ist jedoch solange ausgeschlossen, wie diejenigen, die sie durch ihre Schreckensherrschaft zur Flucht veranlaßten, noch an der Macht sind. Zweitens sollte keine Regierung an die Macht kommen, die Pakistan gegenüber feindlich eingestellt ist und die uns für die Unterstützung des afghanischen Volkes in seinem Kampf um Freiheit zu bestrafen versucht. Wir treten für Freiheit, Demokratie und freie Wahlen ein. Wir plädieren für eine Übergangsregierung unter deren Aufsicht freie Wahlen abgehalten werden sollten. ... Laßt nicht Moskau entscheiden, laßt nicht Pakistan oder irgendein anderes Land entscheiden, sondern laßt das afghanische Volk selbst über die Zukunft seines Landes entscheiden.

Sie wurden kürzlich mit dem Satz zitiert, daß es in der Provinz Sindh einen, wie Sie es ausgedrückt haben, "Mini-Aufstand" gebe. Könnten Sie das etwas näher erläutern?

Unter dem Kriegsrecht, als dem Volk alle Rechte genommen wurden, als der gewählte Premierminister (Zulfikar Ali Bhutto, d. Red.) zum Tode verurteilt wurde, als Truppen kamen, um Häuser und Dörfer zu zerstören, wuchs die Entfremdung und Verzweiflung unter der Bevölkerung des Sindh. Diese Zustände hatten einen 'Mini-Aufstand' zur Folge, bewaffnete Gruppen entstanden, die sich nicht um das Wohl des Staates kümmerten, sondern die für ihre eigenen Interessen kämpften. Als wir gewählt wurden, spürten diese Gruppen, daß sie unter einer populären Regierung an Einfluß verlieren würden. Demzufolge haben diese Gruppen ihre Aktivitäten gesteigert. Sie waren nicht unbedingt gegen die Regierung gerichtet. Ich würde sagen, es war Folge der Entfremdung gegenüber dem Staat. Zia-ul-Haq unterstützte Elemente, die von Abspaltung und Separatismus sprachen. Seine Bundesminister besuchten deren Treffen. Er erlaubte Sezessionsführern, in Nachbarländer zu reisen. Diese Leute prahlten nach ihrer Rückkehr damit, daß sie im Ausland um Hilfe nachgesucht hätten, um Pakistan aufzuteilen. ... Die Organisationsstruktur (dieser Gruppen, d. Red.) kann nicht über Nacht gebrochen werden. Nichtsdestoweniger hat die PPP nach sechsmonatiger Amtszeit die Truppen aus dem Sindh abgezogen. Es patrouillieren nur noch Rangers und bewaffnete zivile Kräfte.

In den letzten zehn Jahren wurden nicht diese Gruppen, sondern die PPP als Gefahr für Recht und Ordnung in unserer Gesellschaft angesehen. Unsere Organisation wurde zum Teil von Mitgliedern dieser Gruppen unterwandert. Zudem gab es keine Informationen über Sabotageakte und diejenigen Leute, die Morde und andere Gewalttaten verübten. Sie entkamen meist unerkannt. Den damaligen Machthabern kamen diese Anschläge gerade recht, da sie indirekt die Diktatur rechtfertigten. Man konnte sagen, es gibt Terror also soll es auch eine Diktatur geben. Wir haben herausgefunden, daß es sich dabei um organisierte Versuche handelte, Terror zu verbreiten mit dem Ziel, eine zivile Regierung zu destabilisieren. In Zeiten der Anarchie konnte man sagen, die konstitutionellen Kräfte arbeiten nicht, somit ist es im Sinne der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung legitim, außerkonstitutionelle Kräfte an die Macht zu bringen. ...

Wie werden Sie mit der 'Punjab-Situation' umgehen?

Was Sie 'Punjab-Situation' nennen, gibt es nicht. Man könnte dieses Problem viel eher unter dem Begriff 'IJI-Situation' zusammenfassen. Solange die IJI-Regierung im Amt ist, werden die Spannungen fortbestehen (IJI = 'Islami Jamhoori Ittehad': Islamische Republikanische Vereinigung; Zusammenschluß der Muslim-Liga mit zum großen Teil konservativ-religiösen Parteien gegen die PPP, Anm. d. Red.). Wenn die Parlamentarier der Provinzversammlung wollen, daß die Spannungen fortbestehen, werden sie die jetzige Administration stützen. Uns scheint es, als wolle man die größte

Provinz dazu benutzen, die Bundesregierung zu destabilisieren. Die Bundesregierung sowie die Mitglieder der Nationalversammlung sind jedoch direkt gewählt. Selbst wenn sich alle Provinzen gegen die Zentralregierung und die PPP stellen würden, hätten wir immer noch die Legitimation zu regieren. Stattdessen wird weiter der Versuch unternommen, die Regierung zu destabilisieren. Ich kann diesen Leuten nur sagen: Seht, ihr habt die Freiheit, offen gegen uns zu demonstrieren. Als wir damals auf die Straße gingen, wurden wir ins Gefängnis geworfen, geschlagen, ausgepeitscht, gehängt und gefoltert. Heute wird niemand auf diese Art eingeschüchert. Sie können tun, was sie wollen. Unsere Regierung hat die Unterstützung des Volkes und deshalb sind alle Versuche, uns aus dem Amt drängen, zum Scheitern verurteilt.

Zum zweiten Mal in der Geschichte unseres Landes führt eine Regierung die Amtsgeschäfte, die sich der Verbrechen und der Korruption, die während der letzten zehn Jahre an der Tagesordnung waren, ernsthaft annimmt. Jede noch so geringe Dienstleistung mußte entsprechend bezahlt werden. Gehen Sie heute in die Behörden und sehen Sie sich die dort Beschäftigten an. Zum ersten Mal in diesem Jahrzehnt sind es nicht die Nichten und Neffen der Feudalherren und Geschäftsleute. Es sind Menschen, die aus armen Verhältnissen stammen, junge Männer und Frauen, die unter anderen Regierungen nie eine Chance besessen hätten. Heute kann man von einem PPP-Ministerium zum anderen gehen und man wird alle Bevölkerungsschichten, angefangen vom Kleinbauern, repräsentiert sehen. Bei uns zählt allein die Leistung. Wir haben nicht elf Jahre lang gekämpft, um wieder korrupt zu werden. ...

Gegenwärtig sehen wir uns mit einer gezielten Desinformations- und Verleumdungskamagne konfrontiert. Zum einen versucht man mich und meine Familie zu diffamieren. Meinen Verwandten werden Verwicklungen in gesellschaftliche Skandale unterstellt. Selbst Persönlichkeiten aus dem Militär werden dabei nicht ausgespart. Meiner Regierung wird vorgeworfen, gegenüber Indien eine zu nachgiebige Politik zu verfolgen. Ich halte nichts von derartigen Vorhaltungen. Für politische Entscheidungen der Vergangenheit bin ich nicht verantwortlich. Der Siachen-Gletscher, das Abkommen über die Durant-Linie und die Vereinbarung über die französische Wiederaufbereitungsanlage wurden von ihnen aufgegeben.

Zudem haben sie heute die Stirn zu kritisieren, daß mein Mann im Börsengeschäft aktiv sei. ... Wir sind nicht diejenigen, die Hunderte Morgen von Land von unseren Vätern und Müttern, Brüdern und Schwestern genommen und es mit 2.000 %igem Profit weiterverkauften. ... Wir haben Drogenhändlern nicht Zuflucht gewährt, noch Pakistan zum Zentrum des Drogenhandels gemacht. Wir sind stolz auf das, was wir gemacht haben und werden weiterkämpfen. ... Ich sage meinen Ministern immer, wer von euch am meisten kritisiert wird, macht seine Arbeit am besten.

(Übersetzung: Christina Albertin)